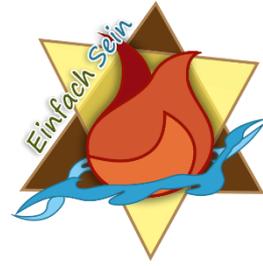


# Infobroschüre des juristischen Dienstes von Einfach Sein



## Die zivilrechtliche Situation in Deutschland

Kurzer Exkurs für Vertragspartner, die sich jenseits ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen einen Überblick über ihre Situation im für sie relevanten Rechtssystem Deutschlands verschaffen wollen.

Dieser Exkurs ist eine kurze Einführung, die des anschließenden Selbststudiums bedarf. Wesentlich ausführlicher finden sich diese Dinge in unserem Buch DER EISWALL.

<https://ichwilleinfachsein.de/eiswall/>

Manche Dinge mögen herausfordernd zu lesen sein, wir bitten zu verstehen, dass die Kürze der Darstellung keine Umschweife erlaubt.

Alles, was hier zu lesen ist, ist aus frei im Internet verfügbaren Gesetzesquellen und Veröffentlichungen zu recherchieren. Der vorliegende Text ist keine Rechtsberatung.

Wir schreiben Ihnen diese Dinge, weil wir glauben, dass Liebe und Verständnis nur dann unter den Menschen erhalten bleiben können, wenn jeder hier ehrlich und liebevoll seine Aufgabe wahrnimmt. Das umschließt auch die moralische Selbstverpflichtung sich zu informieren um den Stand der Gesetzesgültigkeiten die in unserem Land gerade wirklich vorhanden sind. Wir alle tragen das Menschengesetz in uns, keiner lebendigen Seele schaden zu wollen. Dies hier soll helfen, Schaden von den Menschen, also auch von Ihnen fernzuhalten.

### Inhalt

Rechtsebenen.....	2	Die Veränderung 1990 .....	8
Naturrecht .....	2	Zusammengefasst: .....	9
Völkerrecht .....	2	Fazit.....	10
Staatsrecht.....	3	Was können Sie tun?.....	10
Indigene Menschen .....	4	Anhang: Situation der Gerichtsvollzieher .....	12
Die Reichsbürger.....	4	Anhang: Polizei.....	12
Das Geld und sein Wert.....	4	Anhang: Gerichtsurteile ohne Unterschrift... ..	13
Zivil- und Handelsrecht.....	5	Anhang: ILO-Abkommen gegen Zwangsarbeit .....	13
Das Eigentum.....	6	Übereinkommen 105 .....	13
Übergriffe in fremde Rechtskreise.....	6	Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957 .....	13
Recht in der Bundesrepublik Deutschland .....	7	Anhang: Restitutionschutzgericht .....	14
Die Geschichte .....	8	Anhang: Völkerstrafgesetzbuch .....	14



## Rechtsebenen

Zu Beginn einer kleiner Exkurs in die Rechtskultur auf dieser Erde. Das soll helfen zu verstehen, wodurch Gesetze und das Vertragswesen ihre Wirksamkeit erhalten. Gesetze gelten in der juristischen Sprache als Fiktion, d.h. ihr festgelegter Wirkungsbereich und Anwendbarkeit beruhen auf für wahr gehaltenen Definitionen, die erst durch gewaltbereite Durchsetzung Bestand erhalten.

Wir unterscheiden 3 grundlegende Rechtsbereiche:



Jede der drei Ebenen hat ihre eigene Art der Wirksamkeit und ihren eigenen Weg, wie sie für einen Menschen anwendbar werden kann:

### Naturrecht

Dem Naturrecht kann man nicht beitreten, es ist auch nirgendwo schriftlich verfasst, sondern gilt durch eine interne Struktur, die auch physikalisch beschrieben wird. Das Gesetz der Dichte z.B., lässt Gegenstände höherer Dichte zum Boden fallen. Aber das Gesetz gilt auch auf anderen Ebenen. Das Gesetz der Anziehung besagt z.B., dass die Art wie du denkst und fühlst sich auswirken wird auf das, was du erlebst, unabhängig davon, ob es durch andere Ordnungen geregelt wird.

**Geltungsbereich: Die ganze Schöpfung.**

### Völkerrecht

Das Völkerrecht wird derzeit von unterschiedlichen Organisationen erstellt und von den Staaten, als gültig anerkannt, und zwar durch Ratifizierung.

So sind die meisten ILO (International Labour Organisation)-Normen von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert worden, unter Anderem auch die ILO 169, die den Rechtsstatus der Indigenen Völker innerhalb der Staatssysteme regelt.

Völkerrecht ist sogenanntes Hardlaw, d.h. die Staaten verpflichten sich ohne wenn und aber, sich an diese Gesetzesnormen zu halten.

Verstöße gegen das Völkerrecht werden vor dem internationalen Gerichtshof in Den-Haag bearbeitet.



**Geltungsbereich: Jedes Land, dass die jeweiligen Artikel des Völkerrechts ratifiziert.**

## Staatsrecht

Staatsrecht ist Softlaw. Es ist verbindlich, solange es anerkannt ist, und relativiert sich durch Hardlaw, z.B. durch das Völkerrecht.

Das Staatsrecht ist bindend für alle Menschen, die dem Staat beigetreten sind.

In Deutschland, sowie in den meisten anderen Staaten geschieht das wie folgt:

1. Durch die Geburtsurkunde wird der Mensch in eine „Maske“ (lat. Person) gesteckt. Nur die Person ist rechtsfähig, der Mensch aus Fleisch und Blut ist es nicht. Die Person ist kein Mensch, sondern eine Verwaltungsentität. Der Mensch wird als Bürge zur Person zugeordnet. Der Mensch MAX bürgt also für die Person HERR MAX MUSTERMANN.
2. In regelmäßigen Abständen werden Wahlen abgehalten. Vor der Wahl ist jeder Mensch 14 Tage frei vom Staatsgesetz, und unterwirft erneut sich durch Abgabe seiner Stimme (die in eine Urne kommt) für weitere 4 Jahre. Er verzichtet damit darauf, sich für sein Recht selbst einzusetzen, und überlässt der Justiz und ihren Rechts- und Exekutiv-Organen (z.B. der Polizei), die Verteidigung seines Lebens gegen Übergriffe anderer wahrzunehmen.

Die Definition der Geburtsurkunde:

*Canon 3384: Die Geburtsurkunde ist eine Abrechnungsbescheinigung und ein offizielles Dokument, das für gültig erfasste Arme (Paupers) ausgestellt wird, und ihnen bestimmte Grundrechte und Ansprüche auf Leistungen im Austausch für die Anerkennung ihres Status als „Eigentum“ und rechtmäßige Sklaven, die auch als vertraglich gebundene Bedienstete und Knechte bezeichnet werden, gewährt. Eine Siedlung entspricht einer Sklavenplantage.*

Daraus ergibt sich, dass ein Mensch, der Mitglied eines Staates wird oder bleibt, an die Regeln des Staates gebunden ist, solange er dem zustimmt. Das tun die meisten Menschen hier zu Lande aus meist 2 Gründen:

1. Sie wissen gar nicht, dass sie Alternativen zur Staatsbürgerschaft haben.
2. Sie ziehen kurzfristige Vorteile aus der Bürgerschaft und dem darin enthaltenen Geldsystem.

**Geltungsbereich: Der Grund auf dem Boden der Länder, die sich dem Staatsgesetz anschließen, und dort jeder Mensch, der sich selbst zu den Staaten dieser Länder zugehörig bekennt.**

Laut den oben genannten offiziellen Dokumenten des positiven Rechts (auch römisches Recht genannt), auf denen alle Staatsgesetze beruhen, ist ein Mensch, der Bürge seiner Person ist, im Status eines Sklaven.

Aus diesem Status erwachsen ihm diverse Rechte, die der Staat ihm garantiert, aber explizit zuordnet (deshalb positives Recht, recht ist, was explizit erlaubt oder geboten) wird.

Sein Meldeort ist daher seine WOHNHAFT. Das ist wörtlich zu nehmen. Wer umzieht, muss sich neu anmelden, und wechselt damit die Zuständige Überwachung.

Für Bürger waren in früherer Zeit Staatsgerichte zuständig (die gab es, solange die Staaten durch die Besatzungsmächte vorhanden waren und Gerichte autorisieren konnten – dazu später mehr). Die heutigen Gerichte sind BAR-Gerichte. Sie unterstehen der British Accreditation Registry, einem Privat-Unternehmen, ohne hoheitliche Legitimation. Sie regeln die Streitigkeiten unter Bürgern, und schützen den Wert des Geldes. Nicht nur die Gerichte sind Mitglieder der BAR, sondern auch alle Rechtsanwälte, und zwar durch Eid gebunden. Sie unterliegen der Geheimhaltung dieser Mitgliedschaft und ihrer Mitglieder, wie bei den Geheimbünden, aus dem das hervorgeht, üblich.



## Indigene Menschen

Wenn der Mensch sich dazu bekennt INDIGEN zu sein, ist als Grund an die Rechtsnormen des Bodens auf dem er lebt, wenn dort ein Staat sein Gebiet in Anspruch nimmt, **nicht gebunden**, im Gegenteil, er hat Anspruch auf **Wiedergutmachung** durch den Raub an seinem ihm nach Naturrecht zustehenden Boden. Seine Rechte aus Sicht der Staaten sind in der ILO 169 bzw. in der UNDRIP geregelt. (siehe auch (

)

Um die genannte Ersatzleistung herzustellen, ist ihm eine, einer Person äquivalent zustehende Leistung zu gewähren, ohne dass er dafür Gebühren zahlen muss, es ist ja eine Ausgleichsleistung.

Ein Indigener ist im Gegensatz zu Bürger ausschließlich an sein Gewissen und nicht an Gesetze gebunden. Die Leitlinien, wie er sich unter den Menschen bewegt, sind die Rechtsnormen seines Bewusstseins, das sich am Naturgesetz orientiert.

Indigene Menschen können nicht vor BAR-Gerichte treten, denn die handeln nach Zivil-Recht (Civil Law). BAR-Gerichte (das sind zurzeit alle Gerichte in Deutschland) sind für indigene nicht zuständig, können also für sie auch keine Urteile erstellen. Common-Law-Gerichte könnten für Indigene zuständig sein, die gibt es allerdings nur da, wo die Gerichte durch hoheitliche Willensbildung des Volkes legitimiert sind. Diese Rechtsebene ist derzeit in Deutschland nicht existent.

## Sammlung des Bundesrechts

### Bundesgesetzblatt

Teil III

Postverlagsort Berlin 1. August 1959 Folge 6

102-1 Staatsangehörigkeitsgesetz 02.1987 02.3359

102-1 **Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz\***  
Vom 22. Juli 1913  
Reichsgesetzbl. S. 583

Erster Abschnitt  
Allgemeine Vorschriften

§ 1\*  
Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Reichsangehörigkeit ... besitzt.

Verordnung  
über die deutsche Staatsangehörigkeit  
Vom 5. Februar 1934  
Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 6. 2. 1934

§ 1  
(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

§ 2  
Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und Auftrage des Reichs.

Bücherei  
des Landgerichts K  
15. SEP. 1959

## Die Reichsbürger

Dieser Begriff wird im Moment im Rahmen der Handelnden Behörden als Sammelbegriff für all diejenigen Menschen verwendet, die sich den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland nicht anschließen wollen.

Selbst die deutsche Justiz hat anerkannt, dass jede Bürgerschaft in Deutschland, eine Reichsbürgerschaft ist.

Wie das Wort schon sagt, befinden sich die Reichsbürger, ohne dass wir uns ein Urteil über sie erlauben, in einem anderen Status. Sie sind Bürger, während Indigene keine Bürger sind.

Sie werden den Begriff „Reichsbürger“ deshalb nur in Durchführungsverordnungen lesen, niemals in Gesetzen (außer im legitimen Kontext, siehe Abbildung).

## Das Geld und sein Wert

Angeblich wird das Geld einfach von den Zentralbanken emittiert. Es wird deshalb „Fiat“-Geld genannt, es entsteht angeblich durch Definition. Tatsächlich aber wird Geld gegenwärtig auf Grund der vermuteten Arbeitsleistung eines Bürgers eingeführt. Der Staat darf für jeden Bürger einen Betrag an Geld aufnehmen (zur Zeit sollen das ca. 19.000.000 € sein), er erhält es von der jeweilig zuständigen Zentralbank, die allerdings selbst auch nur Teil eines großen Zentralbanksystems ist. Daher ist die Politik sehr an der Einbürgerung von Migranten interessiert, für sie erhält sie Geld von der Zentralbank. Weltweites Clearing-System ist der UCC (Uniform Commercial Code). Er ist sowohl ein Rechnungs- und Schuldregister als auch ein weltweites Handelsrecht, das den Handel zwischen



den Staaten regelt. Große Teile des Urheberrechts liegen bei einem vom Vatikan gegründeten Unternehmen.

Diese Art des Zentralbankgeldes wurde mit Gründung der aktuellen Geburtsurkundensysteme eingeführt, um das Geld zur zentralen Machtposition im menschlichen Zusammenleben zu machen.

Der Geheimorden der Illuminaten bringt dieses Prinzip am deutlichsten hervor. Seine wichtigsten Regeln sind 1. Der unbedingte Gehorsam gegenüber dem Großmeister 2. Das Geldgewinnungsspiel an die erste Stelle zu setzen (Gier als Prinzip des Gehorsams) und 3. Absolute Verschwiegenheit über alle Mitglieder dieser Organisation. Weitere Sichtweisen sind in unserer Kultur fest verankert. Illuminaten sind also reich und sie sind sklavischen Gehorsam schuldig, ihr Eid ist ein Menscheneid. Illuminaten sitzen in allen großen Unternehmen, in allen Behörden, allen Regierungen und sie wissen von einander aber dürfen es niemanden sonst merken lassen. Wer von ihnen eingeladen wird und zustimmt, hat ausgesorgt – für ca. 100 Jahre, das ist der Deal.

(Näheres unter <https://www.illuminaticultsupreme.com/our-symbols/> )

Der Druck, dem fleißige Menschen ausgesetzt sind, entspringt diesem Geldspiel: Wer am meisten hat, gewinnt! Die Finanz-Eliten folgen diesem Prinzip: Jeder gegen Jeden. Unsere (Aus)Bildungsinstitute folgen ebenfalls diesem Prinzip, daher sind wir mit diesem Phänomen höchst vertraut.

Geld ist, das kennen wir auch von Monopoli, ein Spiel. Mit Geld – Geld zu verdienen, scheint ein Weg, auch wenn er völlig widersinnig ist, wenn Geld den Gegenwert einer Ware darstellen sollte.

Der Wert des Geldes wird allerdings durch Gesetze garantiert. Durch legitimierte gewaltsame Durchsetzung monetärer Forderungen, wird Geld zum „Schmerzfaktor“. Geld erschafft das Eigentum, also die explizite Nutzung des Bodens selbst dann, wenn er gar nicht genutzt wird. Ganz egal, ob BAR-Geld (Geld der British Accreditation Registry, eigentlich sind das Schuldscheine) oder Buchgeld (tatsächlich nur virtuelle Bits, Daten, die von einer Speicheradresse zur nächsten verschoben werden), Geld ist ein virtuelles Spiel der Gier, und hat nichts mit einem menschlich friedvollen Zusammenleben zu tun. Wenn ein Zahlungsvorgang nicht erfolgt, passiert in Wirklichkeit gar nichts. Wenn er erfolgt, passiert auch nichts, außer dass ein paar Bits bewegt werden, und nur durch diejenigen Akteure, die dafür eine Lizenz haben.

Staaten funktionieren also ausschließlich mit Geld, nur dann macht die Bürgerschaft der Bürger Sinn, und nur dann kann ein Staat sich konstituieren, denn jeder Staat beginnt seinen Weg im Staatsbankrott.

Im Gegenzug widerspricht die Durchsetzung von Geldforderungen durch Gerichte immer dann dem Völkerstrafgesetz (VStG §9), da es sich um den Einsatz innerstaatlicher Gerichte ohne hoheitliche Legitimation handelt.

## **Zivil- und Handelsrecht**

Wie schon Anfangs erwähnt, ist jedes Gesetz eine Fiktion, d.h. sie gewinnt durch Bekenntnis Realität und ist, im Gegensatz zum Naturrecht, nicht aus sich heraus wirksam.

Zivil- und Handelsrecht gingen davon aus, dass Handel vor Allem mit Waren und Dienstleistungen erfolgten. Der Handel mit Krediten war zu diesem Zeitpunkt immer an ein solches Gut gekoppelt, Geld als Handelswert kam erst mit der Gründung der FED (Federal Reserve) 1913 in unseren Rechtsraum, ihr sind alle anderen Zentralbanken laut Bericht des wissenschaftlichen Dienstes der BRD angeschlossen.

Das Zivilrecht, auf deutschem Territorium, wurde im gregorianischen Jahr 1900 im Deutschen Reich als Gesetz eingeführt, damals für Reichsangehörige, Staatsbürger gab es hier erst bei Errichtung des 3. Reiches, weil Hitler vom abgedankten Kaiser keine Freigabe erhielt, das 2. Deutsche Reich



weiterzuführen. So gründete er mit Hilfe von Konkordatsverträgen (mit dem Vatikan) das 3. Deutsche Reich, dessen Rechtsnachfolger das heutige Deutschland ist, vertreten derzeit durch die BRD-Finanz-Agentur GmbH, die sich auf dieses Erbe beruft.

Das Zivilrecht, welches für Menschen nicht gelten kann, es wirkt durch die Geburt der Person (BGB §1 „Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.“).

Jegliche Form des Vertragsrechts, sowie die schriftliche Form von Verantwortungsübernahme, entspringt diesem Text. Das gilt demnach auch für die AGB (BGB §305), die von Unternehmen als Vertragsgrundlage benutzt werden.

Das bedeutet: Die AGB koppeln sich an das Zivilrecht. Rechtsstreitigkeiten auf Zivilrechtsebene werden durch die Zivilprozess-Ordnung (ZPO) abgewickelt, ohne die in diesem Bereich keine legitime Rechtsprechung möglich ist. In Deutschland ist die ZPO derzeit aufgehoben, dazu später mehr.

## Das Eigentum

Die wesentlichen Regelungen zum Eigentum finden Sie in den §§ 903-924 BGB. Eigentum kann in dieser Form definiert werden: Eigentum ist die umfassende Herrschaft einer Person über eine Sache. Der Eigentümer kann mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.

Das Eigentum koppelt sich also wiederum an das BGB, das Gesetzbuch für Bürger. Dieses Recht wird derzeit durch die Unternehmen der BRD-Finanz-Agentur GmbH durchgesetzt, obgleich sie keine Nachfolgeorganisation des 2. Deutschen Reiches sind.

Personen haben Eigentum, also keine Menschen. Personen können nur durch Menschen handeln. Im Gegenteil zur Staatswelt, ist für den Indigenen nur der Besitz definiert. Er kann nur dort etwas besitzen, wo er sich aufhält. Allerdings ist dies auch auf menschlicher Ebene, durch das Naturrecht seins. Während die Person niemals besitzen kann, sie kann sich nur etwas aneignen, ist der Indigene Inhaber der Dinge die er besitzt. Er sieht sich selbst als ein Geschenk an diese Welt, die sich der Natur, in die er geboren bedient. Alles was er physisch vorfindet kann er in Besitz nehmen, solange er nicht in den Besitz eines anderen eigreift.

Nach Völkerrecht kann ihm sein Besitz nicht aberkannt werden, es sei denn, der Staat leistet eine angemessene Entschädigung.

Beispiel: Wenn Sie Eigentümer nach Staatsrecht eines Objektes sind (ein Kühlschrank oder ein Auto), können Sie das Eigentum weiterveräußern. Wenn der Besitzer dieses Objektes indigen ist, und Sie in oben beschriebener Weise frei über das Objekt eigentümlich verfügen wollten, müssten Sie, um nicht sowohl Staatsrecht als auch Völkerrecht zu brechen, eine Ersatzleistung Ihres Rechtsraums angemessen zur Verfügung stellen.

Sollte Ihr Handeln allerdings Naturrecht brechen, wird Sie nichts vor den Konsequenzen bewahren können, denn Naturrecht wirkt nicht durch menschliches Wirken, sondern aus sich selbst heraus.

## Übergriffe in fremde Rechtskreise

Gesetze gelten immer innerhalb des jeweiligen Geltungsbereiches und sind gültig von ihrer Einführung (das jeweilige Einführungsgesetz) bis zur Aufhebung (Aufhebung des Einführungsgesetzes).

Wie aus vorheriger Grafik zu erkennen, überschreiben die übergeordneten Gesetze, die untergeordneten. Wenn ein Verein gegründet wird, und der seine Statuten festlegt, sind die für seine Mitglieder gültig. Vereine werden in Deutschland auf Grund des BGB (Bürgerliches Gesetzbuch von 1900) gegründet. Deshalb stehen die Texte des BGB über denen des Vereins. Wenn ein



Vereinsmitglied jetzt durch den Verein genötigt würde, gegen das BGB, oder andere auch gleicher Stufe stehenden Gesetze zu verstoßen, wäre das ein Übergriff, und illegal innerhalb des, in diesem Fall, Rechtskreises der Staatsgesetze.

Anderes Beispiel: Ein Mensch, der sich zur Indigenität bekennt, bewegt sich auf Rechtsebene im Rechtskreis des Völkerrechts. Das Völkerrecht ist Hard-Law, es steht über den Staatsgesetzen. Wenn die Staatsgesetze nun etwas von einem Indigenen fordern, ist das zunächst ein Übergriff in einen fremden Rechtskreis. Untergeordnete Rechtskreise sind nicht befugt Dinge zu fordern von Menschen, die einem höheren Rechtskreis angehören. Das bedeutet, das deutsche Gerichte, selbst wenn sie hoheitlich legitimiert wären, nicht befugt sind, Urteile über Indigene zu sprechen. Weiterhin bedeutet es, dass die Anwendung von Gewalt durch staatliche Mitarbeiter, z.B. der Polizei, ein Rechtsbruch des Völkerrechts darstellt, und auch auf Staatsrecht ein nicht legitimer Eingriff ist.

Wenn also ein staatliches Gericht ein Urteil über einen indigenen Menschen spricht, verletzt es das Recht in mehrerlei Hinsicht. Erstens kann ein Staatsgericht kein Urteil über einen Indigenen Menschen fällen, es ist ausschließlich für die Rechtsordnung der Bürger zuständig. Des weiteren darf ein Staatsgericht nicht die Rechte eines höheren Rechtskreises in Frage stellen und zuletzt kann der Status eines Menschen, der sich in einem höheren Rechtskreis bewegt, nicht von einem niedrigeren Rechtskreis festgelegt werden. Am Beispiel der Indigenität: Das Völkerrecht legt fest, wer indigen ist. **Damit ist der Indigene selbst durch sein Bekenntnis, das nicht in schriftlicher Form vorliegen muss für seine Selbstdefinition verantwortlich.** Der Indigene bedarf also nicht der Anerkennung durch den Staat, um als indigen zu gelten, umgekehrt, wenn der Staat als solcher Anerkennung unter den Völkern finden will, müsste er sich an seine eigenen Statuten halten, was zur Zeit in Frage zu stellen ist.

## Recht in der Bundesrepublik Deutschland

Das Recht auf deutschem Boden hat sich nach 1990 nachhaltig verändert. Vor Umsetzung de 2+4-Vertrages wurde die Bundesrepublik Deutschland, die von den Besatzern legitimiert wurde, wieder aufgelöst. Es gab also für einige Wochen einen rechtsfreien Raum, der nur deshalb nicht zum Chaos führte, weil alle Instanzen einfach ihre Aufgaben weitergeführt haben, unabhängig von den geltenden Gesetzen. Danach wurde allerdings kein neuer Staatsrahmen geschaffen, sondern eine Anwendung der bis dahin geltenden Gesetze in einen privatrechtlichen Rahmen vereinbart, und zwar durch die damals amtierenden Politiker, die sich damit auch selbst ihre Ämter nahmen.



## Die Geschichte

Bei der Kapitulation der Wehrmacht, wurde Deutschland nach dem 2. Weltkrieg zum Besatzungsgebiet der Amerikaner, und damit Teil des Hoheitsbereiches des Vatikans. Deswegen

wurde die von Hitler eingeführte Reichsbürgerschaft umgewandelt in eine Staatsbürgerschaft von amerikanischen Gnaden, mit einer durch Proklamation eingeführten Definition.

Hier im Tagesspiegel von 1945 lesen Sie die Proklamation Eisenhowers:

Art. I: "Innerhalb

der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden: Jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. ..."

Zum einen wird hier deutlich, dass die hier gegründeten „Bundesländer“ eigentlich Verwaltungsgebiete der Amerikaner sind.

In der Folge errichteten die Besatzer in ihren Zonen Länderparlamente, aus denen 1948 parlamentarische Räte ernannt wurden, denen die Aufgabe zukam, ein Grundgesetz zu erstellen, nach einer der üblichen Vorgaben. Dies wurde solange von den Besatzern gerügt, bis eine für sie akzeptable Fassung vorlag.

Mit der gleichen Proklamation wird hier das amerikanische Staatsrecht deklariert, in dem auf Basis des alten kanonischen Rechts, die Geburtsurkunde eingeführt wird, oder besser bestätigt, denn das Hitlerreich war immer noch existent, nur die Wehrmacht hatte kapituliert.

## Die Veränderung 1990

Die meisten Menschen, die vor 1990 geboren und groß geworden sind gehen davon aus, dass lediglich die ostdeutschen Gebiete der Bundesrepublik beitraten.

Tatsächlich wurde auf der Rechtsebene sehr viel verändert, was man an manchen äußern Dingen erkennen kann. Aus dem Arbeitsamt wurde z.B. die Agentur für Arbeit. Das war nicht nur ein kosmetischer Schritt, sondern es war der Schritt aus dem Behörden-Dasein mit hoheitlicher Legitimation, in die privatrechtliche Lizenz- und Handelsordnung. Polizeiuniformen wurden Blau statt Grün, und nahmen die Farbe des Seerechts an, weil das Seerecht, auch Commerzrecht genannt, eigentlich Handelsrecht ist.





Damit wurde konsequent weitergeführt, was im Grundgesetz begonnen wurde, das 1990 den Geltungsbereich verlor (Artikel 23). Stattdessen wurden sämtliche Bundesländer in der Präambel erwähnt, was in der allgemeinen juristischen Rechtssicht allerdings keine Relevanz hat.

Stück für Stück wurden sämtliche Behörden auf dem Boden der Bundesländer in bilanzpflichtige Unternehmen umgewandelt, also privatisiert. Jedes dieser Unternehmen musste sich registrieren lassen, wie alle anderen privatrechtlichen Unternehmen auch. Sie alle sind im DUNS-Verzeichnis registriert, jeweils an ihrem Sitz. Ihr Umsatz ist einzusehen. Hier z.B. das Land Schleswig Holstein:

[https://www.dnb.com/business-directory/company-profiles/bundesland\\_schleswig-holstein.fc8d80440ecf7e8b9a958dc859ca0d70.html](https://www.dnb.com/business-directory/company-profiles/bundesland_schleswig-holstein.fc8d80440ecf7e8b9a958dc859ca0d70.html)

Mit einem entsprechenden Account, können Sie die Jahresumsätze lesen (bis vor Kurzen war das noch frei verfügbar).

2011 hat das Bundesjustizministerium bestätigt, dass weitere Bundesgesetze „bereinigt“ worden sind. Damit gilt weder das GVG (Gerichtsverfassungsgesetz – d.h. alle Gerichte in Deutschland sind private Organisationen), noch die ZPO (Zivilprozessordnung) noch die StPO (Strafprozessordnung) in Deutschland, weder Zivil- noch Strafprozesse können rechtskonform durchgeführt werden, und Ordnungswidrigkeiten können nur noch auf See und in Flugzeugen geahndet werden, weil es für das OWiG keinen weiteren Geltungsbereich mehr gibt.

HGB (Handelsrecht) und BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) konnten nicht bereinigt werden, weil sie nicht von der BRD eingeführt wurden.

### Zusammengefasst:

Die folgende Zusammenfassung entspricht der Anwendung allgemein anerkannter Rechtsnormen.

Das Grundgesetz der BRD seit 17. Juli 1990 durch die Streichung des territorialen Geltungsbereiches (§23 GG) von den Alliierten in den 4+2-Verhandlungen in Paris durch Herrn James Baker ungültig gemacht worden.

Damit sind alle gesetzlichen Grundlagen, auf die Sie sich deutsches Recht stützte, erloschen.

Alle im Namen dieser Organisationen Handelnden arbeiten daher völkerrechtswidrig auf Gewohnheitsrecht. Dies ist Ihnen als ehemalige Körperschaft öffentlichen Rechts grundsätzlich nicht erlaubt.

1. Damit ist wieder der alte verfassungsrechtliche Status des Deutschen Reichs in Kraft getreten und der kennt kein Gesetz für Ordnungswidrigkeiten nach StVO. (Menschen, die so etwas sagen, werden unabhängig von der Faktenlage, gern als Reichsbürger bezeichnet)

2. Laut Gerichtsverfassungsgesetz ist eine Handlung ohne rechtliche oder gesetzliche Grundlage nichtig. Damit haben Sie grundsätzlich keine Kompetenz mehr, Bußgeldbescheide, Kostenbescheide o.ä. auszustellen. Ihnen fehlt dazu jegliche rechtsstaatliche Grundlage.



Daher mussten auch die anderen Gesetze offiziell außer Betrieb genommen werden, und existieren seit dem wie AGB in einem Unternehmenskonsortium BRD GmbH.

1. Das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) wurde vom Bundestag der BRD GmbH exakt am 11.10.2007 zur rückwirkenden Aufhebung beschlossen und ist mit Wirkung vom 25.11.2007 (Erscheinungsdatum in den BGBl) aufgehoben worden. Logischerweise existieren somit rein rechtlich keinerlei Ordnungswidrigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland GmbH mehr.

2. Die Aufhebung der Einführungsgesetze (§1) von ZPO, GVG und StPO am 19.04.06, wirksam geworden am 25.04.2006, nachlesbar im BGBl I, S.866, bedingt nach BRD- Recht die Aufhebung aller drei Regelwerke. Damit sind alle angeführten Punkte wie z.B. die Abgabe der EV, Einziehung nach fruchtloser Pfändung, Beugehaft, etc., was die bezogenen Grundlagen betrifft rechtlich gegenstandslos geworden. Das zeitgleiche Wegfallen des Geltungsbereiches (§5) sorgt ebenfalls für die Auflösung des jeweils betroffenen Gesetzeswerkes, gemäß des Grundsatzes, Gesetze ohne Geltungsbereich sind wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147) !Oder völkerrechtlich plausibel, ein Gesetz das nirgendwo gilt, gilt überhaupt nicht.

3. Die Vollziehbarkeit und Gültigkeit von Haftbefehlen findet sich im § 909 Abs.2 ZPO geregelt, womit faktisch keine rechtlich korrekten Haftbefehle mehr existieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1990 definitiv und im Handelsregister ersichtlich in das rechtliche Gewand einer GmbH geschlüpft, siehe den Handelsregisterauszug HRB 51411 Des AG Frankfurt/Main. HR Auszug BRD Finanzagentur (Unter diesem Namen firmiert die ehemalige Bundesrepublik Deutschland derzeit).

## Fazit

Das Recht auf deutschem Boden ist außer Kraft. Die derzeitige Regierung operiert privatrechtlich und ändert eigenmächtig Gesetze, sie sind anderen Machthabern unterstellt, die international agieren. Wahlen dienen weiterhin nur der Anerkennung der Staatsbürgerschaft. Tatsächlich nennt man solche Strukturen, wie sie derzeit in Deutschland herrschen, mafiös. Das kann man den Regierenden allerdings nicht allein in die Schuhe schieben. Wir alle tragen eine Mitschuld daran, wenn wir nicht daran arbeiten, Regeln für unser Zusammenleben zu erschaffen, die wirklich von den hier geborenen Menschen ausgehen.

Durch das Fehlen einer gesetzlichen Grundstruktur und das Fehlen legitimer Gerichte, fehlt auch eine Legitimation der Schlichtungsinstanzen. Dissens zwischen Handelspartnern muss also im menschlichen Miteinander aufgelöst werden, auch dann, wenn die Vertragspartner unterschiedlichen Rechtskreisen angehören.

Wenn Sie innerhalb des Staatssystems agieren, sind Sie an die Regeln des Handelsrechts gebunden, in dem ein Dokument erst dann Relevanz entwickelt, wenn ein Mensch die Bürgschaft für sein Handeln mit einer Unterschrift besiegelt. Jedes maschinelle Handeln entspricht nicht dem Handelsrecht, völlig egal, was in den AGB steht.

Damit sind Sie als Person haftbar, für alles was sie unterschreiben, und zwar privatrechtlich und vollumfänglich. Wenn Sie durch Ihr Handeln Gewalt auslösen, werden Sie als Verursacher der Gewalt haftbar.

**Bitte überlegen Sie also gut, welche Auswirkungen Ihr Handeln physisch in dieser Welt erzeugt, Sie werden in Haftung genommen, weder ihr Auftraggeber, noch irgendeine Form der Staatshaftung.**

## Was können Sie tun?

Ich werde dich in Folgenden mit DU anreden, weil ich es nicht für richtig halte, dich in der 3. Person anzureden. In der 3. Person redet man *über* jemanden, im Plural sogar über mehrere, und nicht **mit**



einem lebenden Wesen. Und in diesem Fall spreche ich nicht zur Sache deiner Person, sondern zu dir als Mensch.

Wenn du es bis hierher geschafft hast: Herzlichen Glückwunsch! Für manche Menschen ist der Inhalt dieser Broschüre sehr umfangreiche und vielleicht auch beunruhigende Information.

Zunächst empfehlen wir Dir, diese Informationen kritisch einer eigenen Überprüfung zu unterziehen. Für das, was du glaubst, denkst und tust, bist du ausschließlich selbst verantwortlich. Wenn du mit Anderen darüber sprichst, schaue dir gut an, welche Intention deine Gesprächspartner mit ihren Antworten verfolgen. Es gibt viele Menschen, die schnell von „Quatsch“ sprechen, wenn sie keine Lust haben, sich ernsthaft mit den Dingen auseinanderzusetzen. Die meisten Menschen haben sich tief auf unser nicht mehr existentes Rechtssystem eingelassen, um ihr Haus oder ihren sonstigen Besitz zu sichern oder zu finanzieren. Die bloße Vorstellung, es könnte anders sein, versetzt sie in Panik.

Des Weiteren bitte ich dich, keine voreiligen Schritte zu unternehmen. Wenn dir die Informationen den Kopf schwirren lassen, lass' dich lieber für ein paar Tage krank schreiben, komme zur Ruhe. Du hast deinen Job bis hierher tun können, den Weg zu verändern braucht Ruhe und liebevolle Gespräche mit Menschen, die dich verstehen.

Wenn du mit den entsprechend „Eingeweihten“ in den Behörden oder an deinem Arbeitsplatz sprichst, die dir dann mit der Bitte um Verschwiegenheit, gute Erklärungen auftischen, lass dich nicht mit Beschwichtigungen abspeisen. Du hast dein Leben in den Dienst dieses Unternehmens gestellt, dafür verdienst du Lohn, auch wenn dir viele Dinge bisher nicht bekannt waren, die dich andernfalls hätten bessere Entscheidungen treffen lassen.

Für alle in diesem Dokument aufgeführten Fakten, gibt es Entkräftungsgeschichten. Sie dienen dazu, nachfragenden Mitarbeitern abweisende Antworten zu geben. Wer weiter nachfragt hat, wahrscheinlich nicht ganz zu Unrecht, Sorge, dass er in Verruf gerät.

Wenn die Illusion bisher gehalten hat, so ist die Unruhe in unseren Ländern spürbar. Sie hat einen Grund: Nicht was auf Lügen aufbaut, wird Bestand haben. Wir brauchen Menschen, die umsichtig und liebevoll Verantwortung übernehmen. Du wirst wahrscheinlich zu ihnen gehören.

Diese Informationen aus diesem Dokument betreffen die aktuelle gesetzliche Situation. Die Wirklichkeit, in der wir leben, ist wesentlich umfassender. Das Verständnis solcher Dinge braucht Zeit, um vollständig zu begreifen, ich habe mehrere Jahre an Recherche gebraucht, um die Spreu vom Weizen zu trennen. Es wird dir gelingen alles zu verstehen, niemand ist dafür zu dumm, dumme Menschen gibt es nicht, es sei denn, man nennt diejenigen so, die nicht bereit sind zu lernen.

Wir stehen gerne zur Verfügung. Du kannst uns unter <https://ichwilleinfachsein.de> eine Nachricht hinterlassen, oder schreibe an [steffie@ichwilleinfachsein.de](mailto:steffie@ichwilleinfachsein.de)

Nimm dir Zeit. Dein Weg geht weiter, viel weiter, als du jetzt vielleicht denkst, und wir freuen uns, dir eine Hilfe auf deinem Weg in das einfache Sein zu helfen.

Von Herzen

*Daniela + Steffie*



## Anhang: Situation der Gerichtsvollzieher

Der Gerichtsvollzieher war bis zum 31.07.2012 Beamter der Justiz mit der Aufgabe, Urteile und andere Vollstreckungstitel zwangsweise zu vollstrecken sowie (auch außerhalb eines konkreten Gerichtsverfahrens) Schriftstücke zuzustellen. Er unterstand in seiner Funktion als Landesbeamter dienstrechtlich seinen jeweiligen Dienstvorgesetzten nach dem Beamtenrecht, als Kostenbeamter dienstrechtlich Beamten der Landeskasse im Wege von regelmäßigen Überprüfungen und als eigenständiges Vollstreckungsorgan formellrechtlich dem Vollstreckungsgericht, das über gegen seine Vollstreckungshandlungen eingelegte Rechtsmittel bzw. Rechtsbehelfe entscheidet. Seit dem 01.08.2012 ist der Gerichtsvollzieher freiberuflich tätig (Beleihungssystem).

*Neuregelung im aktuellen GVO in § 2 Dienstaufsicht*

*Bei der ihm zugewiesenen Zwangsvollstreckung handelt der Gerichtsvollzieher selbstständig. Er unterliegt hierbei zwar der Aufsicht, aber nicht der unmittelbaren Leitung des Gerichts. Unmittelbarer Dienstvorgesetzter des Gerichtsvollziehers ist der aufsichtführende Richter des Amtsgerichts.*

Achtung: Die Neuregelung ist mit der Regelung in Art. 33 Abs. 4 GG, die einen tragenden Verfassungsgrundsatz enthält, nicht vereinbar.

## Anhang: Polizei

OLG Frankfurt am Main, Beschluss vom 03.01.2020 - 2 Ss-OWi 963/18

Ordnungswidrigkeiten- und Bußgeldrecht, sogar im Bereich des ruhenden Verkehrs!  
Daraus folgt: Polizisten müssen die hoheitliche Ermächtigungsgrundlage nachweisen, um eine Amtshandlung vorzunehmen!

Da die Polizei ein Unternehmen ohne deutschen Stammsitz ist, ist sie als exterritoriale Streitmacht zu betrachten, die durch eine legitimierte deutsche Armee standrechtlich erschossen werden soll.

1. Die den kommunalen Polizeibehörden gesetzlich zugewiesene Verpflichtung der Überwachung des ruhenden Verkehrs und die Ahndung von Verstößen sind hoheitliche Aufgaben. Mangels Ermächtigungsgrundlage dürfen sie nicht durch private Dienstleister durchgeführt werden.
2. Die Überlassung privater Mitarbeiter nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) zur Durchführung hoheitlicher Aufgaben ist unzulässig.
3. Die Bestellung privater Personen nach § 99 HSOG zu Hilfspolizeibeamten der Ortspolizeibehörden ist gesetzeswidrig.
4. Der von einer Stadt bewusst durch "privaten Dienstleister in Uniform der Polizei" erzeugte täuschende Schein der Rechtsstaatlichkeit, um den Bürgern und den Gerichten gegenüber den Eindruck polizeilicher Handlungen zu vermitteln, ist strafbar.



## Anhang: Gerichtsurteile ohne Unterschrift

OLG München, Beschluss v. 26.06.2018 – 5 OLG 15 Ss 89/18

Urteilsaufhebung wegen gänzlich fehlender Richterunterschrift

StPO § 275 Abs. 1, Abs. 2

Gegenstand der Überprüfung eines Urteils durch das Revisionsgericht in sachlichrechtlicher Hinsicht sind allein die schriftlichen Urteilsgründe, wie sie sich aus der gemäß § 275 StPO mit der Unterschrift des Richters bzw. der Richter zu den Akten gebrachten Urteilsurkunde ergeben. Trägt ein Urteil überhaupt keine Unterschrift, ist dieser Mangel auf eine Sachrüge hin zu beachten. Das Fehlen jedweder Unterschrift der erkennenden und entscheidenden Richter ist dem völligen Fehlen der Urteilsgründe gleichzustellen. (Rn. 7) (redaktioneller Leitsatz).

## Anhang: ILO-Abkommen gegen Zwangsarbeit

### Übereinkommen 105

Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957

Dieses Übereinkommen ist am 17. Januar 1959 in Kraft getreten. **In Deutschland ratifiziert**

**am 22.06.1959.** Ort: Genf

Auszug der wichtigsten Passagen

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,... hat zur Kenntnis genommen, daß das Übereinkommen über die Sklaverei, 1926, bestimmt, daß zweckmäßige Maßnahmen ergriffen werden sollen, um zu verhüten, daß die Pflicht- oder Zwangsarbeit der Sklaverei ähnliche Zustände herbeiführt, und daß das Zusätzliche Übereinkommen über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Gepflogenheiten, 1956, die völlige Abschaffung der Schuldknechtschaft und der Leibeigenschaft vorsieht...

Artikel 1: Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, die Zwangs- oder Pflichtarbeit zu beseitigen und in keiner Form zu verwenden ... b) als Methode der Rekrutierung und Verwendung von Arbeitskräften für Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung; c) als Maßnahme der Arbeitsdisziplin ...

Artikel 2: Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, wirksame Maßnahmen zur sofortigen und vollständigen Abschaffung der in Artikel 1 dieses Übereinkommens bezeichneten Zwangs- oder Pflichtarbeit zu ergreifen....



## Anhang: Restitutionsschutzgericht

Bevor ein Gericht tätig wird, muss es auf seine Rechtmäßigkeit hin untersucht werden. Es muss also ein Restitutionsschutzgericht angerufen werden, um festzustellen, ob das Gericht befugt ist zu verhandeln oder Urteile ergehen zu lassen.

Bei Abwesenheit und Ausfall der staatlichen Stellen dürfen keine innerstaatlichen Gerichte tätig werden.

Es geht darum, dass die staatlichen Stellen alle abwesend bzw. ausgefallen sind (UN Res 56/83 Artikel 9-12 in Verbindung mit Art.24 und 25 GG in Folge von Kriegsverbrechen) und in Europa jetzt Recht(s)stillstand vorherrscht.

Das bedeutet:

- dass das Völkerrecht angewendet werden muss.
- dass kein einziger Richter (Irrrationaltäter) eine Befähigung hat, sein Richteramt ausüben zu dürfen,
- weil das Völkerrecht nicht angewendet wird
- Richter sind nur Juristen ohne Rechterkennung (Bilateral) und das hat im zwingenden Völkerrecht (Prälateral) nichts zu suchen.

Hier noch ein kleiner Hinweis fürs bessere Verständnis, was die Politik hier treibt:

Unterlassungsgesetz für Menschenrechtsverletzungen (Inzuchtdepression-Inzuchverhalten der Politik).

Wir weisen darauf hin, dass das Völkerrecht immer vor Bundes- und Landesgesetzen steht und auch angewendet werden muss. Der Staat kann und darf sich "bei Ausfall und Abwesenheit von staatlichen Stellen" nicht auf deren Innerstaatlichkeit berufen.

## Anhang: Völkerstrafgesetzbuch

Da Deutschland nach dem 2. Weltkrieg keinen Frieden geschlossen hat, befindet es sich im Kriegsrecht, d.h., jeder hier lebende Mensch ist Teilnehmer an einem bewaffneten Konflikt selbst dann, wenn er sich selbst nicht bewaffnet. Jede Maßnahme privatrechtlichen Völkerrechtsbruchs, sowie Piraterie sind daher laut VStG zu ahnden:

§ 9

Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte

(1) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt plündert oder, ohne dass dies durch die Erfordernisse des bewaffneten Konflikts geboten ist, sonst in erheblichem Umfang völkerrechtswidrig Sachen der gegnerischen Partei, die der Gewalt der eigenen Partei unterliegen, zerstört, sich aneignet oder beschlagnahmt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen bewaffneten Konflikt völkerrechtswidrig anordnet, dass Rechte und Forderungen aller oder eines wesentlichen Teils der Angehörigen der gegnerischen Partei aufgehoben oder ausgesetzt werden oder vor Gericht nicht einklagbar sind, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.